

SPD-Mitglieder entscheiden: 84,6% für neue schwarz-rote Regierung!

SPD-Mitglieder haben am 30. April 2025 über den Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU abgestimmt. Ergebnis: 84,6% Zustimmung.



Deutschland - Am 30. April 2025 haben die Mitglieder der SPD über den Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU abgestimmt. Das Resultat dieser Abstimmung fiel erfreulich aus: 84,6% der Teilnehmer stimmten für den Vertrag, während sich 56% der SPD-Mitglieder an der Abstimmung beteiligten. Dieses klare Votum ermöglicht die Bildung einer schwarz-roten Regierung, was laut **fr.de** vor allem der Optimismus führender SPD-Vertreter vor der Abstimmung befördert hatte.

Die finale Entscheidung wurde am 30. April um 9:47 Uhr veröffentlicht. Die Mitglieder konnten ihre Stimme bis zum selben Tag um 23:59 Uhr abgeben. Der Koalitionsvertrag mit dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ umfasst 144 Seiten.

Für die Annahme des Vertrags war eine Mehrheit sowie eine Mindestbeteiligung von 20% der Mitglieder notwendig.

Die zukünftige Regierung

Nach der Zustimmung zur Koalitionsvereinbarung wird Lars Klingbeil am 5. Mai die Ministerliste der SPD vorstellen. Friedrich Merz, der Vorsitzende der CDU, soll bereits am 6. Mai zum neuen Kanzler gewählt werden. Die Spekulationen über die möglichen Ministerposten sind bereits in vollem Gange.

- **Finanzministerium:** Lars Klingbeil
- **Arbeitsministerium:** Bärbel Bas, Hubertus Heil, Petra Köpping
- **Verteidigungsministerium:** Boris Pistorius
- **Entwicklungsministerium:** Svenja Schulze, Saskia Esken
- **Umweltministerium:** Matthias Miersch, Svenja Schulze, Katja Mast, Verena Hubertz
- **Ministerium für Bauen und Wohnen:** Klara Geywitz, Carsten Schneider
- **Justizministerium:** Sonja Eichwede, Nancy Faeser

Die Minister der CDU und CSU wurden bereits benannt, was die Vorbereitung der kommenden Regierung weiter vorantreibt.

Der Koalitionsvertrag als Grundlage der Zusammenarbeit

Ein Koalitionsvertrag regelt die Zusammenarbeit von Parteien innerhalb einer Koalitionsregierung während einer Legislaturperiode. In diesem Vertrag werden sowohl personelle als auch sachliche Bedingungen für die Zusammenarbeit festgelegt. Der Vertrag bietet einen Überblick über das Regierungsprogramm sowie zentrale Vorhaben der Koalition, ist jedoch keine rechtsverbindliche Vereinbarung. Dies wird von Kritikern, die die Richtlinienkompetenz des Kanzlers und die

parlamentarische Verantwortung in Frage stellen, als problematisch angesehen. Koalitionsverträge sind daher politisch zu verstehende Absichtserklärungen, die nicht gerichtlich einklagbar sind und oft vor Beginn der Legislaturperiode ausgehandelt werden. Der erste Koalitionsvertrag in der Bundesrepublik Deutschland wurde am 20. Oktober 1961 zwischen CDU/CSU und FDP geschlossen, und seither sind sie ein fester Bestandteil der politischen Landschaft in Deutschland. Es bleibt spannend zu beobachten, wie sich die neue schwarz-rote Regierung unter dem Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ entwickeln wird.

Details	
Vorfall	Wahlen
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.fr.de• de.m.wikipedia.org

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de